Niederschrift über die 9. Sitzung des Regionalausschusses Bremen-Nord
am 15. Januar 2019
im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfs-Straße 62, 28757 Bremen
Beginn 18:30 Uhr – Ende 20:50 Uhr

Anwesende Mitglieder:

Burglesum: Herr Hennig (ab 18:55 Uhr), Herr Hornhues, Herr Schmidtmann, Herr Tegtmeier (ab 18:55 Uhr), Frau Boll, Herr Rath

Blumenthal: Frau Reimers-Bruns, Herr Thormeier, Herr Runge, Herr Meyer, Frau Bothe-Stolle, Frau Krohne

Vegesack: Frau Jäckel, Herr Bullmahn, Herr Pörschke, Frau Palicki, Herr Stuwe

Herr Dornstedt, Ortsamtsleiter Vegesack
Herr Nowack, Ortsamtsleiter Blumenthal

Vorsitzender: Herr Boehlke, Ortsamtsleiter Burglesum
Protokoll: Frau Tietjen, Ortsamt Burglesum

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung und gibt den Hinweis auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls.

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung:
Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 20.12.2018 verschickt.

Änderung zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Es folgt die Abstimmung über die Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 8. Sitzung vom 28. Februar 2018

Das Protokoll wurde Mitte Dezember 2018 vom Ortsamt Burglesum erstellt und über die Ortsämter an die Mitglieder weitergeleitet.

Es gibt keine Einwände/ Änderungen zum Protokoll, allerdings muss die Uhrzeit für das Sitzungsende korrigiert werden.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt

TOP 3: Entwicklung der Berufsschulstandorte im Bremer Norden, Konzeptionen von Nachnutzungen und Vorstellung des Berufsschul-Campus auf dem BWK-Gelände

Herr Boehlke begrüßt Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan und Herrn Udo Stoessel.

Herr Boehlke erinnert daran, dass sich die bisherige Diskussion zunächst auf die allgemeinen Schulstandorte bis zur Sekundarstufe 1 konzentriert hat. Seit einigen Monaten gibt es Überlegungen über einen zentralen Berufschul-Campus auf dem BWK-Gelände.

Der Campus findet eine breite Unterstützung von Schulleitungen bis hin zur Handwerkskammer und ist eine Chance für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Berufsschulen im Bremer Norden. Gleichzeitig kommen Fragen auf, wie:

- Wie lange dauert überhaupt der Bau eines Campus?
- Welche Standorte werden zusammengezogen?
- Was wird aus den aufgegebenen Schulstandorten?

Frau Senatorin Dr. Bogedan stellt die Konzeption mittels Power-Point-Präsentation vor.

Frau Senatorin Dr. Bogedan berichtet, dass der Schwerpunkt zunächst auf die allgemeinbildenden Schulen liegt. Für die berufsbildenden Schulen ist die Standortplanung noch nicht fertig gestellt. Die Planungen sind getrennt voneinander zu sehen.

Die Ausschussmitglieder Hennig und Tegtmeier erscheinen zur Sitzung.

Im März gehen die Planungen in die „Werkstattphase“. Ein Ausbildungswohnheim wäre ein denkbares Potential. Der Planungsauftrag für den Berufsschulcampus ist erteilt. 2022/2023 ist mit einem ersten Umzug zu rechnen.

Herr Hornhues hätte sich eine Zeichnung als Grundlage für die Vorstellung gewünscht. Er fragt sich auch, ob das Bauressort die Idee „stemmen“ kann.

Frau Boll fragt nach der Arealgröße und regt auch die Ansiedlung von Fortbildung für ausgebildete Handwerker an.
Frau Palicki befürwortet eine Zentralisierung und fragt, ob mit Blick auf die Pisa-Ergebnisse eine Verbesserung versucht wird.

Frau Senatorin Dr. Bogedan erklärt, dass sich die Pisa-Ergebnisse auf die allgemeinbildenden Schulen beziehen. Die berufsbildenden Schulen in Bremen sind immer als fortschrittlich und leistungsfähig bewertet worden im Vergleich mit anderen Bundesländern. Bremen möchte die Qualität halten und ausbauen. Das Thema Fortbildung wird zurzeit vorsichtig bedacht, natürlich müssen sich Beschäftigte im Verlauf ihres Berufslebens weiter qualifizieren. Zurzeit steht aber die zukünftige Aufstellung im Vordergrund.

Die Entwicklung wird Schritt für Schritt erfolgen.

Herrn Stoessel ist es wichtig, zu erwähnen, dass auch der Zustand der Gebäude betrachtet werden muss. Daher erfolgt die Umsetzung in kleinen Schritten. Zeichnungen zum Campus sind in Arbeit.

Herr Thormeier fragt, bis wann der erste Entwicklungsschritt erfolgt und welche Berufsschulzweige betroffen sind. Wieviel sollte von dem Areal reserviert werden.

Herr Meyer fragt, ob es vom Beschluss bis zur Umsetzung 10 Jahre dauern soll.
Herr Stuwe merkt an, dass die Planungen noch sehr „in den Kinderschuhen“ stecken. Er findet, dass man frühzeitig festlegen sollte, wer auf den Campus zieht und darauf die Planungen auslegen.

Frau Senatorin Dr. Bogedan erklärt, dass die schrittweise Umsetzung bedeutet, dass nicht alle Standorte auf einen Schlag schließen werden. Das Schulzentrum Blumenthal soll zum Schuljahr 2022/2023 am Standort sein. Die 10 Jahre beziehen sich auf alle Standorte auf dem Gelände. Herr Rath findet fünf kleine Standorte besser. Für das BWK-Gelände hätte er sich eher die Ansiedlung von Firmen vorgestellt. 3000 Schüler unterzubringen ist eine große Herausforderung, er findet das Ganze zu groß geplant.

Frau Reimers-Bruns begrüßt die Planungen und findet es sehr gut, dass die Schulleitungen, also die Basis, in die Planungen bereits einbezogen werden. Auch der Blumenthaler Beirat befürwortet die Planungen und ist sich einig darüber. Sie hofft, dass unabhängig von den Mehrheiten nach den Wahlen, die Planungen weiter fortgeführt und umgesetzt werden.
Frau Reimers-Bruns sieht kein Problem in der Anzahl von 3000 Schülern, die ja auch nicht täglich zur Schule kommen, sondern auch in den Betrieben sein werden. Sicher verliert man Freifläche, aber durch freie Flächen entstehen keine Arbeitsplätze in Blumenthal. Die Planungen bewertet sie als positive Entwicklung im Bremer Norden.

Herr Hornhues begrüßt die Entwicklung eines schönen neuen Berufsschulzentrums, hätte sich heute aber mehr erwartet, er fand die Vorstellung dürftig. Er bittet außerdem darum, sich frühzeitig Gedanken über Nachnutzungen von dann leeren öffentlichen Gebäuden zu machen, am besten parallel.

Frau Senatorin Dr. Bogedan informiert, dass trotz des Campus noch Platz für Gewerbe auf dem Gelände sein wird.

Herr Hennig merkt an, dass alle nachfolgenden Regierungen verpflichtet werden müssten, die Planungen weiter umzusetzen.

Herr Thormeier hat die Befürchtung, wenn jetzt keine Fläche reserviert wird, diese bereits von der Wirtschaftsförderung vermarktet werden. Er schlägt vor, die Stadtbibliothek auch auf dem Gelände unterzubringen.

Beschluss *(einstimmig):*
Der Ausschuss nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und erwartet ein, zwischen den zuständigen Senatsressorts abgestimmtes Konzept zur Entwicklung der Berufsschulstandorte im Bremer Norden.

Neben der Verständigung auf einen zentralen Berufschul-Campus, soll in dem Konzept auch weiter dargelegt werden, welche Nachnutzungen bzw. welche städtebauliche Entwicklungen für teilweise frei gewordenen Schulgebäude und Schulstandorte vorgesehen sind.

TOP 4: Sachstand zur Autobahnbrücke der A27 über die Lesum

Herr Boehlke begrüßt Herrn Staatsrat Jens Deutschendorf vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie Herrn Köster und Herrn Sauer vom Amt für Straßen und Verkehr.
Herr Boehlke skizziert die bisherige Sachlage. Seit Dezember 2018 ist die Autobahn teilgesperrt. Es kommt aktuell zu Stau zu den Hauptverkehrszeiten. Die Autobahn ist eine wichtige Verbindung für Bremen-Nord, Bremerhaven und die gesamte Region.
Daher gab es jüngst Gespräche mit Vertretern der Handelskammer und dem Staatssekretär Herrn Enak Ferlemann.

Herr Schmidtmann erklärt seine Befangenheit als Mitarbeiter des Amtes für Straßen und Verkehr und wird sich daher nicht an der Diskussion beteiligen.

Herr Staatsrat Deutschendorf schildert zunächst den Sachverhalt. Der Verkehr habe Verkehr hat bundesweit zugenommen, Lastwagen sind schwerer geworden. Das Bundesverkehrsministerium hat daher im Jahr 2011 bekannt gegeben, dass Brücken bundesweit nachgerechnet und überprüft werden sollen. Im Zuge Prüfung sind Materialproben genommen worden, die den Prüfern Anlass zur Teilsperrung des älteren Brückenteils gegeben haben.

Herr Sauer ergänzt, dass diese Materialproben bei Routineuntersuchungen nicht genommen werden, weil die Entnahme immer eine Beschädigung der Brücke bedeutet.,

Lt. Herrn Staatsrat Deutschendort werden zurzeit mehrere Handlungsoptionen geprüft. Es könnte sein, dass ein Neubau der Brücke erforderlich ist. Wann diese Brücke fertig gestellt sein wird, kann er nicht eindeutig sagen. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab, wenn alles optimal läuft, könnte die Brücke in sechs Jahren fertig sein. Das ist aber eine risikobehaftete Einschätzung. Es könnte auch zehn Jahre dauern.

Herr Pörschke fragt, wie lange ein Ausschreibungsverfahren dauert, die Bauphase wäre sicher das kürzeste Element.

Herr Hornhues sieht die grundsätzliche Zielrichtung in einer kompletten Planung aber bis dahin gibt es gerade in den Hauptverkehrszeiten Auswirkungen auf den Lesumer Straßen. Welche Maßnahmen betreffend den Straßenverkehr und dem ÖPNV werden hier getroffen.

Herr Staatsrat Deutschendorf antwortet, dass geprüft wird, ob es noch Kapazitäten beim ÖPNV gibt. Außerdem wird geprüft, welche Auswirkungen die bisher getroffenen Maßnahmen auf den Verkehr haben, ob es alternative Strecken gibt. Ein Ergebnis hierzu soll Ende Januar vorliegen.

Herr Bullmahn fordert ein Sicherheitskonzept, betreffend Verkehr, Umleitungen und Behelfsbrücke. Die Autobahnpolizei muss präsenter sein und Räumdienste verfügbar.

Herr Hennig fordert die Einrichtung einer Behelfsbrücke. Herr Meyer ergänzt, dass man z.B. eine Art Bundeswehrbrücke einsetzen könnte.

Herr Staatsrat Deutschendorf teilt mit, dass keine weiteren Einschränkungen bei der Anzahl der Fahrstreifen erfolgen soll. Der Einsatz einer Behelfsbrücke wird gerade geprüft. Dabei ist zu klären, ob eine solche Brücke neben oder auf das Bauwerk gesetzt wird. Die meisten jetzt getroffenen Aussagen sind aufgrund noch zu klärender Umstände nur ungefähr zu machen, es ist jedoch Ziel, die offenen Fragen bis Mitte 2009 zu klären.

Herr Sauer merkt noch an, dass Behelfsbrücken bundesweit nur mit einer Vorlaufzeit von drei bis sechs Jahren zu bekommen sind. Allerdings hat der Bund sein Lager für die Bundesländer geöffnet, damit diese auf Großbrücken zurückgreifen können. Der Bedarf in Bremen ist bereits angemeldet.

Herr Nowack schlägt vor, da sich auch aufgrund von Unfällen durch überhöhte Geschwindigkeit der Verkehr staut, Radarfallen zu installieren, damit sich alle an die Geschwindigkeiten halten.

Beschluss *(einstimmig):*

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er erwartet eine zeitnahe Prüfung und Rückmeldung zu den heute von den Ausschussmitgliedern gemachten Eingaben sowie regelmäßige Informationen über den aktuellen Sachstand.

TOP 5: Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Regionalausschusses findet am Montag, den 18.03.2019 um 18:30 Uhr statt. Themen sollen die aktuelle Entwicklung des KBN insbesondere im Bereich der Frühgeborenen-Versorgung, die Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung im Bremer Norden sein. Hierzu wird die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz erwartet.

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr.

gez. Boehlke	*gez. Tietjen*
Vorsitzender	**Protokoll**